

Die Abrüstungsinitiativen der Sowjetunion

Prof. Dr. Wadim Sagladin, geb. 1927, absolvierte das Staatliche Moskauer Institut für Internationale Beziehungen, ist seit 1975 Erster Stellvertreter des Leiters der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees (ZK) der KPdSU und Mitglied des ZK der KPdSU.

Darüber, daß Abrüstung wünschenswert sei, wurde im Verlauf des letzten Jahrhunderts recht viel diskutiert. In allerjüngster Zeit aber sind Rüstungsbegrenzung, Abrüstung und deren Kontrolle zu zentralen Themen für die gesamte Weltgemeinschaft geworden. Wir sind inzwischen von Gesprächen über Abrüstung zu Verhandlungen darüber übergegangen, und die sowjetischen Menschen sind stolz darauf, daß ihr Land zu dieser großen Sache einen nicht unwichtigen und weithin anerkannten Beitrag leistet.

Sowjetische Abrüstungspolitik-Traditionen und Innovationen

Die Erörterung der Abrüstung und der Kampf für ihre Verwirklichung haben in der Sowjetunion Tradition. Das von Lenin verfaßte „Dekret über den Frieden“ - der erste Gesetzgebungsakt des Sowjetstaates überhaupt - erklärt Aggressionskriege sowie Kriege, die die Eroberung und Unterwerfung anderer Länder zum Ziel haben, zu Verbrechen gegen die Menschheit. Es war weltweit das erste staatliche Dokument, das eine derartige Bewertung enthielt. Im Jahre 1922 und im Laufe der ersten internationalen Verhandlungen, an denen unser Land teilnahm - der Konferenz von Genua -, brachte die sowjetische Delegation den Vorschlag einer allgemeinen Abrüstung ein. Unser heutiger Abrüstungskurs steht also in einer guten und großen Tradition.

Es kommt aber inzwischen etwas anderes hinzu: Unser aktuelles Herangehen an die Abrüstungsprobleme, das Wesen und die Formen unserer Initiativen sind in vieler Hinsicht neu gestaltet worden. Beobachter in Ost und West betonen die Entschlossenheit und den radikalen Charakter der sowjetischen Initiativen, die Flexibilität Moskaus im Herangehen an die Verhandlungen, die Bereitschaft zu Kompromissen, die für unsere Partner mitunter überraschend zu sein scheinen. Welches sind die Gründe dafür? Auch hierbei handelt es sich um ein Produkt jenes Umdenkens, das viele gewohnte Dinge in Übereinstimmung mit den neuen Realitäten bringt, darunter eben auch solchen auf militärischen und politischem Gebiet. Begonnen wurde dieses Umdenken mit dem April-Plenum 1985 des Zentralkomitees der KPdSU, das die Perestrojka in der Sowjetunion einleitete. Dieses Stichwort muß hier nicht näher erläutert werden. Jedenfalls ist das gegenwärtige Herangehen an das Abrüstungsproblem - kurz gesagt - praktischer Ausdruck des unserer außenpolitischen Linie

zugrunde liegenden neuen Denkens. Bei dieser Neueinschätzung der Situation und den daraus resultierenden Initiativen hat die sowjetische Führung vor allem auch Schlußfolgerungen von Wissenschaftlern und Spezialisten über den Charakter eines Atomkrieges und seiner möglichen Folgen berücksichtigt.

Schon seit 1946 tritt die Sowjetunion konsequent und beharrlich gegen die atomare Gefahr auf und kämpft für ein Atomwaffenverbot. Dennoch sind wir fast während der gesamten Nachkriegsperiode davon ausgegangen, daß man in einem Atomkrieg siegen könne. Wie alle anderen waren wir der Meinung, daß eine starke militärische Verteidigung die zuverlässigste Garantie für die Sicherheit des Landes sei. Dementsprechend haben wir unsere atomaren und später nuklearen Waffen sowie deren Träger geschaffen. Das war seinerzeit kein Fehler. Heute ist vielfach davon die Rede, daß angeblich gerade die Atomwaffen den Frieden in Europa seit mehr als 40 Jahren erhalten hätten. Diese Darstellung ist jedoch nicht ganz korrekt: Nicht die atomaren Waffen haben den Frieden erhalten, sondern die Tatsache, daß beide Seiten sie besaßen, die NATO und die Staaten des Warschauer Vertrags, die USA und die UdSSR. Wer weiß, wie der Verlauf der Geschichte gewesen wäre, wenn wir damals keine Atomwaffen geschaffen hätten. Die in den USA veröffentlichten Pläne eines atomaren Überfalls auf die Sowjetunion, die schon seit dem Ende des Jahres 1945 entwickelt wurden, sind wohl mittlerweile bekannt.

Wir berücksichtigen heute relevante Schlußfolgerungen der Wissenschaft. Überträgt man sie in den politischen Raum, so bedeuten sie, daß mit einem Atomkrieg kein einziges politisches Ziel erreicht werden kann. In einem solchen Krieg wird es keine Sieger geben, da alle umkommen werden. Die andere politische Schlußfolgerung lautet: In der heutigen Zeit kann Sicherheit nicht ausschließlich mit militärischen Mitteln gewährleistet werden. Es handelt sich vielmehr um ein politisches Problem, das mit politischen Mitteln, durch Verhandlungen gelöst werden muß. Wenn dem aber so ist - und ich glaube, daß die Leser zustimmen werden, daß es sich um eine logische Schlußfolgerung handelt -, dann muß man vor allem die atomare Abrüstung erreichen.

Wir haben jedoch nicht nur Schlußfolgerungen der Wissenschaft im Hinblick auf die Folgen einer atomaren Auseinandersetzung berücksichtigt. Wir haben auch den jetzigen Stand und die Entwicklungstendenzen der modernen Waffen, in erster Linie der atomaren, genau analysiert. Die bereits gehortete Menge der Atomwaffen, ihre immer vernichtenderen Eigenschaften, die Gefahr der Verlagerung des atomaren Wettrüstens in den Weltraum - all das spricht für sich selbst und zeigt, an welchem dünnem Faden der allgemeine Frieden hängt. Die Weiterentwicklung von Atomwaffen, deren Steuerung und Kontrolle immer mehr elektronisch-technischen Geräten obliegt, vergrößert die Möglichkeit einer zufälligen, unbeabsichtigten Katastrophe und eines Kriegsausbruches als Folge eines technischen Versagens außerordentlich. Davon zeugen die bekannten Unfälle mit Atomwaffen (darunter auch solche auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland) ebenso wie das tragische

Schicksal der Raumfähre Challenger und, gewiß, die ebenso tragische Geschichte Tschernobyls.

Was schlägt die Sowjetunion vor?

Es würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen, wollte man alle sowjetischen Abrüstungsinitiativen nennen und kommentieren. Ich beschränke mich deshalb auf die grundsätzlichen und wichtigsten:

Die Sowjetunion schlägt vor allem eine Vereinbarung mit den USA vor, die jede Möglichkeit ausschließt, Offensivwaffen in den Kosmos zu bringen, die ein Wettrüsten im Weltraum verhindert und die gewährleistet, daß der ABM-Vertrag bedingungslos eingehalten wird. Wir berücksichtigen dabei, daß der Präsident der USA persönlich ebenso wie die USA-Administration stark an ihrem kosmischen Programm hängen. Wir fordern daher jetzt nicht mehr, dieses Programm einfach aufzugeben (obwohl das die beste Variante wäre). Wir schlagen vielmehr vor - und so steht es auch in dem Ende Juli bei den Genfer Verhandlungen vorgelegten Entwurf des entsprechenden Abkommens -, jeweilige Forschungsarbeiten und Tests auf den Rahmen zu beschränken, der den ABM-Vertrag nicht brechen würde. Ferner schlagen wir vor, im Laufe der kommenden fünf Jahre die strategischen Offensivwaffen der UdSSR und USA um 50 Prozent zu reduzieren, um dann zu ihrer völligen Beseitigung überzugehen. Der entsprechende Vertragsentwurf, der auch viele Positionen der amerikanischen Seite berücksichtigt, ist ebenfalls von unserer Delegation in Genf vorgelegt worden. Was die Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen anbetrifft, so sind wir für ihre globale Verschrottung. Hier sind wir auch den Wünschen der Öffentlichkeit unseres Verhandlungspartners entgegengekommen. In Reykjavik waren wir uns bekanntlich darin einig, daß beide Seiten je 100 Sprengköpfe für Mittelstreckenraketen in Asien und auf dem Territorium der USA beibehalten könnten. Nunmehr erklären wir uns mit der „doppelten Null-Lösung“ einverstanden. Es bliebe freilich ein Hindernis, das aus 72 Sprengköpfen besteht, die für die der Bundesrepublik Deutschland gehörenden Pershing 1a bestimmt sind. Wir hoffen, daß der gesunde Menschenverstand auch in diesem Fall ermöglichen wird, sich auf eine gegenseitig annehmbare Lösung zu einigen.

Einer unserer wichtigsten Vorschläge, der sich in der Öffentlichkeit verschiedener Länder einer breiten Unterstützung erfreut, zielt auf den absoluten Atomwaffenteststopp. Wir verhandeln darüber mit den USA und sind bereit, ihnen entgegenzukommen, indem wir einer Reihe von Zwischenabkommen zustimmen, die darauf gerichtet sind, zunächst die Zahl der Atomwaffentests zu reduzieren und ihre Detonationskraft zu vermindern. Endgültiges Ziel muß allerdings unbedingt das völlige Verbot aller Atomwaffentests bleiben.

Auch in den Gesprächen über das Verbot und die Vernichtung der C-Waffen, die im Rahmen der Genfer Abrüstungsverhandlungen stattfinden,

sind wir konstruktiv darum bemüht, eine für alle annehmbare Vereinbarung zu erzielen. Wir sind der Auffassung, daß es in der Welt nicht nur keine Kern- und C-Waffen mehr geben darf; es darf überhaupt keine Massenvernichtungswaffen mehr geben.

Wir sind uns dabei im klaren, daß für den Westen, und zwar auch und gerade für die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland, die übermäßige Anhäufung von Atomwaffen, aber auch die konventionellen Waffen auf unserem Kontinent, Anlaß für Besorgnisse bieten. Wir wissen, daß die Existenz dieser Waffen, daß eine gewisse Asymmetrie zwischen Ost und West bei einigen Waffenarten dem Westen als Anlaß dienen, über die Notwendigkeit der Beibehaltung von Kernwaffen zu sprechen. Die Staaten des Warschauer Vertrags haben, indem sie all diese Faktoren berücksichtigen und selbstverständlich vor allem die allgemeine Sicherheit zu stärken suchen, konkrete Vorschläge eingebracht, die zur Verringerung der konventionellen Waffen in Europa führen würden. Danach würden bis zum Beginn der neunziger Jahre die Zahl der konventionellen Waffen um ein Viertel gekürzt, um später zu einem noch weitergehenden Abbau dieser Rüstungen zu gelangen. Wir schlagen vor, im Rahmen der Verhandlungen über die Begrenzung und den Abbau der konventionellen Waffen und Streitkräfte auch die taktischen Kernwaffen zur Debatte zu stellen - und zwar mit dem Ziel ihrer völligen Beseitigung. Wir gehen davon aus, daß es notwendig ist, die Zahl der konventionellen Waffen auf ein vernünftiges Niveau zu senken, also bis zu der Marke, die jeder Seite die Möglichkeit einer aktiven Verteidigung sicherstellt, aber keinem die Chance gibt, einen Angriff gegen einen jeweilig anderen Staat zu führen.

Durch Abrüstung zu einer neuen Weltordnung

Will man unsere Abrüstungsinitiativen im großen und ganzen charakterisieren, muß man vor allen Dingen darauf hinweisen, daß sie allumfassend sind. Sie erstrecken sich auf alle Arten der modernen Atomwaffen. Auf dem 27. Parteitag der KPdSU wurde betont, daß es keine Waffenart gibt, bei der die Sowjetunion nicht bereit wäre zu reduzieren oder gar zu vernichten, und zwar auf einer gegenseitig annehmbaren Grundlage. Ferner haben unsere Initiativen globalen Charakter. Ich habe in diesem Rahmen lediglich die wichtigsten von ihnen erwähnt, die insbesondere die paktgebundenen sowie die europäischen Länder betreffen. Es sei aber zumindest daran erinnert, daß wir uns genauso für Maßnahmen einsetzen, die in den anderen Regionen dieser Welt, vor allem in Asien, zur Abrüstung führen.

Ein weiteres Merkmal unserer Vorschläge ist, daß sie keinen egoistischen Charakter haben: Wir berücksichtigen, daß es in unserer Zeit entweder eine Sicherheit für alle Länder oder überhaupt keine Sicherheit gibt. Die Zeit, in der man nur an die eine, eigene Sicherheit denken konnte, ist vorbei. Wenn beispielsweise die Sowjetunion die eigene Sicherheit gewährleisten will, muß sie dabei auch für die Sicherheit der Partner Sorge tragen. Im großen und

ganzen teilen wir die von Olof Palme seinerzeit vorgelegte Konzeption der allgemeinen Sicherheit.

Keinen unserer Vorschläge halten wir für die Wahrheit in letzter Instanz. Es sind Vorschläge, die zur Diskussion gestellt sind und besprochen werden müssen. Die bisherige Praxis beweist, daß wir bereit sind, Zugeständnisse zu machen und Kompromisse einzugehen, die sich zum Ziel setzen, Übereinkünfte zu treffen, Erfolg zu haben. Die gleiche Herangehensweise erwarten wir allerdings auch von der anderen Seite - sonst wäre das Prinzip der allgemeinen Sicherheit verletzt, was letztlich hieße, daß es sie überhaupt nicht gäbe.

Schließlich ein der Systematik, nicht der Wichtigkeit wegen letzter Punkt: Alle unsere Initiativen in allen Bereichen der Abrüstung sehen stets strengste Kontrollen vor. Wir haben das reichste „Sortiment“ an Formen und Methoden der Kontrolle zu bieten, sowohl nationaler als auch internationaler Art. In dieser Beziehung wird es keine Schwierigkeiten von Seiten der Sowjetunion geben. Ich habe eher die Befürchtung, daß sich unsere Vorschläge zur Kontrolle für einige unserer Partner als unakzeptabel erweisen werden.

Schließlich möchte ich in diesem Zusammenhang noch auf einen wichtigen Gesichtspunkt hinweisen: In der Rüstungsbegrenzung und in der Abrüstung sehen wir nicht das eigentliche Ziel, sondern ein Mittel, einen Teil des Weges, der zur Schaffung einer neuen internationalen Ordnung führt - einer Ordnung, in der die Gewaltanwendung in den internationalen Beziehungen keinen Platz haben wird. Eine solche Ordnung gewährleistet die Wahrnehmung und Respektierung der Rechte und Interessen aller Länder und Völker, sie beruht auf einer nicht infrage gestellten friedlichen Koexistenz und auf breiter internationaler Zusammenarbeit. Diese Zusammenarbeit ist dringender denn je, wenn Probleme gelöst werden sollen, vor denen heute alle Völker stehen: zum Beispiel Entwicklungsprobleme, Fragen des Umweltschutzes, der Bekämpfung gefährlicher Krankheiten.

Gemeinsame Sicherheit - gemeinsame Anstrengungen

Die Erhaltung des Friedens und die Abrüstung betreffen die Interessen aller Länder und Völker, sie sind allgemein-menschliche Probleme. Schon deshalb sollte die Verteidigung des Friedens und der Kampf für die Abrüstung die Sorge aller Länder und Völker, ohne Ausnahme, sein. Es ist unmöglich, daß ein Land allein oder eine Gruppe von Ländern eine Aufgabe von solch kolossaler Dimension löst. Dazu bedarf es eines aktiven und effektiven Zusammenwirkens aller, denen das Leben teuer ist.

Zur Zeit stehen die Sowjetunion und die USA in wichtigsten und bedeutungsvollsten Abrüstungsverhandlungen. Heißt das, daß andere Länder abseits stehen sollen? Richtig ist, daß sie nicht unmittelbar an diesen Verhandlungen beteiligt sind. Aber ist nicht auch klar, daß von der Haltung jedes

Staates, und besonders eines so großen wie der Bundesrepublik Deutschland, sehr viel abhängt?

Neben den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen gibt es auch solche, an denen nicht nur diese beiden Staaten beteiligt sind. Es geht, unter anderem, um die Arbeit der Genfer Abrüstungskonferenz. Wir sind der Meinung, daß die Rolle dieser Konferenz gestärkt werden sollte. Wir würden es positiv einschätzen, wenn sie während des ganzen Jahres - mit zwei oder drei Pausen - durchgeführt würde. Man muß insgesamt zu einem optimalen Verhältnis von bilateralen und multilateralen Abrüstungsverhandlungen kommen. Da sollte es keine Gegensätze geben, man braucht das Prinzip der gegenseitigen Ergänzung und der gegenseitigen Bereicherung. Wir denken, daß diese Konferenz in der Perspektive zu einem ständigen, universellen Organ der Abrüstungsverhandlungen werden könnte. Dann wäre für jedes Land die reale Möglichkeit gesichert, aktiv an Diskussionen zu diesem grundlegenden Problem beteiligt zu sein. Das betrifft auch die Bundesrepublik Deutschland. Wir wollen unbedingt viel stabilere und mit konkretem, spürbarem Inhalt gefüllte Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland haben. In den Fällen, in denen die Bundesregierung mit konstruktiven Erklärungen hervortritt oder Schritte konstruktiver Art unternimmt, schätzen wir das hoch ein. Es wäre jedoch falsch, wenn wir nicht darauf hinweisen würden, daß die Rolle der Bundesrepublik Deutschland bei der Erörterung und Lösung der Abrüstungsprobleme viel größer sein sollte. Die Haltung Bonns zur Frage der Pershing-la-Raketen kann nicht als konstruktiv bewertet werden. Dies um so weniger, als es im Grunde genommen um die brisante Frage nach der Beibehaltung des atomwaffenlosen Status der Bundesrepublik Deutschland geht - entsprechend den aus dem Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen resultierenden Verpflichtungen der Bundesrepublik.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß alle Staaten, alle Regierungen und alle *Völker* für die Sache des Friedens und der Abrüstung Verantwortung tragen. Wenn es um die Verantwortung der Völker geht, sind wir der Meinung, daß heutzutage nicht nur die Regierungen, sondern auch Parteien und Organisationen - selbstverständlich auch die Gewerkschaften - eine wichtige Rolle spielen und das Recht haben müssen, ihr Wort zu all diesen komplizierten, brisanten und dringenden Problemen zu sagen. Wir in der Sowjetunion betrachten die gesellschaftlichen Kräfte und Bewegungen in anderen Ländern, die Initiativen für Frieden und Abrüstung, als unsere Partner und sind bereit, mit ihnen in allen Formen, die für beide Seiten akzeptabel sind, zusammenzuarbeiten. Die Notwendigkeit der Abrüstung und ihre Unaufschiebbarkeit sind für uns völlig offensichtlich. Die Sowjetunion wird auch weiterhin alles tun, um unsere Erde vor der atomaren Katastrophe zu retten und den Übergang aller Völker zu einem wahrhaft friedlichen und, wenn man so sagen darf, anderen Leben auf unserem grünen Planeten zu gewährleisten.

